

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig

Bezugspreis monatlich 3,00 Gulden, wöchentlich 75 Gulden, in Deutschland 2,50 Goldmark, durch die Post 3,00 Gulden monatlich. Anzeigen: die 8-gesp. Zeile 10 Gulden, Restameile 2,50 Gulden, in Deutschland 1,50 und 2,50 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 10

Mittwoch, den 13. Januar 1926

17. Jahrgang

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Druckarbeiten 3290

Die Große Koalition im Reich gescheitert.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lehnt eine Beteiligung an der Regierung wegen Unzuverlässigkeit der Stresemann-Partei ab.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich gestern mit der Frage der Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung beschäftigt. Nach mehrstündiger Beratung wurde von der Fraktion mit großer Mehrheit folgender Beschluß gefaßt:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in den Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition Forderungen aufgestellt, deren Durchführung durch die Ausnahme der Not nur noch dringender geworden ist. Sie hat durch ihren Beschluß vom 16. Dezember 1925 feststellen müssen, daß infolge mangelnden Entgegenkommens der Deutschen Volkspartei in sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Fragen den Bemühungen des Abcordneten noch kein Erfolg beschieden war. Sie hat daher in den Formulierungen, die ihr als Ergebnis der geführten Verhandlungen vorgelegt wurden, eine geeignete Grundlage für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition nicht erblicken können.

Die sozialdemokratische Fraktion muß feststellen, daß Gründe für eine Änderung ihrer Haltung nicht vorliegen. Es besteht kein Anzeichen dafür, daß die deutsche Volkspartei ihren bisherigen Rechtskurs aufzugeben gewillt ist. Die Volkspartei hat daher auch in den bisherigen Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition einen Willen zur Zusammenarbeit nicht erkennen lassen. Es war insbesondere die Deutsche Volkspartei, die der sozialdemokratischen Forderung über den Abschluß des Tagungsprotokolls verweigerte, die sich in sozialpolitischen Ausblicken gegen die sozialdemokratischen Vorschläge zur Arbeitslosenversicherung erklärte, die in der Frage der jetzt zum öffentlichen Skandal gewordenen Fiskusabfindung die sozialdemokratischen Forderungen zurückwies. Deshalb erklärt die sozialdemokratische Fraktion, daß für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition keine geeignete Grundlage besteht.

Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, im Augenblick nicht in die Große Koalition einzutreten, bedeutet keineswegs eine Ueberrücknahme. Im Dezember schon war die Koalition unter Hinweis auf die Volkspartei abgelehnt worden, so daß die Fraktion jetzt nur zu entscheiden hatte, ob im Verlauf der letzten Wochen wesentliche Veränderungen eingetreten waren, die eine Revision des ersten Beschlusses ratsam erscheinen ließen. Die große Mehrheit der Fraktion (87 gegen 33) hat diese Frage nach einer mehrstündigen sachlichen Diskussion verneint. Sie mußte deshalb negativ entschieden werden, die auch im gegenwärtigen Augenblick Anhänger der Großen Koalition sind.

Die bürgerlichen Parteien insbesondere das Zentrum und die Demokraten würden ihr Ziel vielleicht eher erreicht haben, wenn sie die neuen Bedingungen um die Große Koalition dort eingestiftet hätten, wo die Verhandlungen im Dezember abgebrochen worden sind. Sie scheiterten damals infolge eines mangelnden Entgegenkommens und so konnte der neue Ruf nach der Großen Koalition logischerweise jetzt nur zu einem positiven Ausgang führen, wenn das Zentrum und die Demokraten wenigstens auf den Boden der im Dezember unerfüllt gebliebenen sozialdemokratischen Programmpunkte getreten wären, deren Klärung nach der Mehrheit der Fraktion nach allen Erfahrungen der Vergangenheit als Voraussetzung für eine ernüchterte Zusammenarbeit innerhalb der Regierung betrachtet werden mußte. Aber nicht eine der für die Große Koalition in Betracht kommenden bürgerlichen Parteien hat neuerdings auch nur den geringsten Versuch gemacht, das in den Reihen der Sozialdemokratie bestehende Mißtrauen gegenüber der Volkspartei zu beseitigen oder die im Dezember ungeklärt gebliebenen wichtigen Fragen zu Erörterung zu stellen. Jene Basis, die im vergangenen Monat den ablehnenden sozialdemokratischen Beschluß ermöglichte, hatte nicht die geringste Veränderung erfahren und deshalb mußte die Erfüllung der neuen Forderung des Zentrums nach der Großen Koalition für die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion nichts anderes bedeuten, als sich ohne Grund selbst zu opfern. Wie konnte das Zentrum von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auch nur einen Augenblick einen andern Beschluß erwarten, ohne von sich aus die für eine Änderung unbedingt erforderlichen bekannten Voraussetzungen zu schaffen. Es hat jetzt jedenfalls ebenso wenig ein Recht wie die Demokraten, vom mangelnden Verantwortungsgesühl der Sozialdemokratie zu reden, nachdem sowohl die eine wie die andere Partei keinen Augenblick ernsthaft versucht hat, die für den dauerhaften Bestand der Großen Koalition notwendigen sachlichen und persönlichen Garantien zu schaffen.

Reichstagsabgeordneter Fehrenbach wird im Laufe des Vormittags vom Reichspräsidenten empfangen werden, um ihm über die durch den Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion geschaffene Lage Bericht zu erstatten. Es ist nicht anzuschließen, daß der Führer der Zentrumspartei bei dieser Gelegenheit dem Reichspräsidenten zu versichern geben wird, daß das Zentrum bei der Bildung einer Regierung der Mitte auf die Führung besteht, so daß die von der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen mit Übergroßem Eifer bestehende Kampfherrschafft Dr. Luthers noch fernwegs fernbleibt.

Die „Rote Fahne“ bezeichnet den Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion als nur einen halben Be-

schluß, da die Möglichkeit der Unterstützung eines bürgerlichen Minderheitskabinetts offenbleibe. Demgegenüber verlangt das kommunistische Organ wieder einmal eine Arbeiter- und Bauernregierung.

Berliner Pressestimmen.

Bemerkungen des „Vorwärts“ zur Lage.

Der „Vorwärts“ schreibt: „Der Beschluß (der Fraktion) bedeutet durchaus keinen Bruch mit der Politik, die die Partei bisher getrieben hat. Aendern sich die Verhältnisse, ändert sich das Verhalten der Parteien, so ändert sich auch das Verhalten der Sozialdemokratischen Partei. Es wird diesmal — auch darin werden sich die Propheten täuschen — nicht das letztemal sein, daß die Sozialdemokratie von bürgerlichen Parteien dringend zum Eintritt in die Regierung aufgefordert wird. Uns steht die Frage offen, ob die Fraktion den Interessen des arbeitenden Volkes besser durch Zusage oder durch Ablehnung diene. Da es sich dabei um die Abwägung unthöherer Zukunftsfaktoren handelt, wird Einstimmigkeit selten zu erzielen sein und wird nach Entscheidung solcher tatsächlichen Fragen die ganze Partei dafür einstehen müssen, was die Mehrheit beschloffen hat.“

Das Zentralorgan fährt fort: „Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird die kommende Regierung nach ihren Taten beurteilen. Ein Zwang für diese, unter allen Umständen Anschluß nach rechts zu nehmen, besteht nicht. Sie kann umgekehrt, wenn sie dazu angetan ist, sich Unterstützung von links erlangen durch die Politik, die sie treibt. Die Sozialdemokratie hat ihr gegenüber die Hände frei, aber ihr Handeln ist durch ihre Grundsätze bestimmt. Eine Regierung, die kraftvoll die Republik schützt, für die sozialen Forderungen Verständnis zeigt und den unversöhnlichen Bereicherungsabsichten der deutschen Fürsten energisch entgegentritt, kann sie sich in den Arbeitermassen Vertrauen schaffen, wenn auch keine Sozialdemokraten in ihr sitzen.“

Das Urteil der bürgerlichen Presse.

Ueber die Haltung der Deutschnationalen einem von Dr. Luther zu bildenden Kabinett der Mitte, das mit wechselnden Mehrheiten regieren würde, gegenüber schreibt die „Deutsche Tageszeitung“, daß die Sozialdemokraten so wenig Verantwortungsbewußtsein gezeigt haben. Beschreitet man den Weg zur sachlichen Arbeit zur Wahrung des Volkswohles, dann hat die Rechte keinen Anlaß zu grundsätzlicher Opposition. Als erste und vornehmste Aufgabe des Kabinetts bezeichnet das genannte Blatt den Versuch, die auf den Klagen brennende Not einer verfallenen Wirtschaft, wobei das Parteiprejudiz zu schweigen habe und nur die Rücksicht auf das Allgemeinwohl in Betracht komme, zu beseitigen. Zur Lösung dieser Aufgabe komme nur eine Regierung in Betracht, die von Parteibefehlen möglichst wenig beengt sei und sogar die Kraft habe, diktatorisch vorzugehen.

Die „Tägliche Rundschau“ verwahrt sich gegen den sozialdemokratischen Vorwurf, daß die Haltung der Deutschen Volkspartei das Scheitern der Großen Koalition verursacht habe. Die ersten Verhandlungen mit der Sozialdemokratie seien nicht an der Volkspartei gescheitert, sondern

daran, daß der demokratische Abg. Koch keine Möglichkeit sah, die Programmforderungen der Sozialdemokratischen Partei in die von ihm aufgestellten Regierungsrichtlinien aufzunehmen.

Zu der „Germania“ heißt es, daß die Sozialdemokratische Partei in erster Linie für alle Folgen des Nichtzustandekommens einer Mehrheitsregierung haftbar zu machen sei. Zu der Bildung einer Minderheitsregierung der Mitte durch Dr. Luther sagt das Blatt: Die Rechte betrachtet offenbar eine solche Regierung als Vorläuferin einer Reichsregierung, und im Geiste sieht sie die leeren Sessel der deutschnationalen Minister schon wieder mit ihren Leuten besetzt. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß das Zentrum der Wegbereiter für eine solche Entwicklung sein könnte, ferner wird es zu verhindern suchen, daß sich die parlamentarische Krise zu einer Krise des Parlamentes erweitere.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt zu der sozialdemokratischen Abgabe, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion das Staatsinteresse dem ungeschmälerten Parteibestand geopfert habe.

Die Verfolgung der Fememörder.

Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, hat die Abteilung 1a des Berliner Polizeipräsidiums zur Bewältigung des Massenandranges von Zeugen in der Angelegenheit der Fememorde eine Sonderbezirksamt zur Vernehmung der betreffenden Personen eingerichtet. Ein Teil der über 80 Zeugen, die sich gestern vormittag auf dem Polizeipräsidium gemeldet haben, konnten, wie das gleiche Blatt wissen will, zum Teil wichtige Angaben über den jetzigen Aufenthalt der gesuchten Fememörder machen.

Ein Fememörder als Söldling der Arbeitgeber-Organisation

Nach einer Mitteilung des Polizeipräsidenten ergab sich aus einer polizeilichen Untersuchung, daß der Zentralverband der Landarbeiter, bei dem nach Auflösung der Schwarzen Reichswehr, der der Anführung zu Fememorden verdächtige Oberleutnant a. D. Schulz beschäftigt wurde, im Juni 1925 von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände ein Darlehen von 5000 Mark erhielt, das zur Unterstützung des Oberleutnants a. D. Schulz verwendet wurde. Dieses Darlehen wurde in Höhe von 1000 Mark durch den Zentralverband der Arbeitgeberverbände auf 1 Mark ausgedehnt und erst nach den Presseangriffen Anfang Dezember 1925 trotz der inzwischen erfolgten Ausbuchung vom Zentralverband zurückgezahlt. Welcher Art die Unterstützung des Schulz war, ist nicht festzustellen. Die Beteiligten behaupten, es sei nur zur Gewährung persönlicher Vergünstigungen für Schulz, der seit April 1925 in Haft ist, und zur Befreiung eines Verleiderers verwendet worden. Da die bei der Vergabe des Geldes an den Zentralverband beteiligten Herren der Arbeitgebervereinigung wußten, daß das Geld zur Unterstützung des Schulz verwendet werden sollte, ist nur bezüglich des Leiters der Propagandaabteilung der Arbeitgebervereinigung, von Zeugen, wahrheitsgemäß. Zeugen selbst bestreiten dies.

Der Leiter der Vereinigung, Geheimrat Ernst von Borja, erklärt, von der Vergabe des Geldes erit durch die Presseangriffe erfahren zu haben. Die Vereinigung, wie auch er selbst, hätten niemals eine Unterstützung des Oberleutnants a. D. Schulz gewünscht noch gebilligt. Das Ergebnis der Vernehmungen wurde an die zuständige Staatsanwaltschaft weitergegeben.

Das neue Europa.

Wer hat vor dem Ausbruch des Weltkrieges an die „Vereinigten Staaten von Europa“ gedacht? Damals sah die europäische Wirtschaft sozusagen im Glück und im Fortschritt. Unbestritten war noch die Vorherrschaft Europas auf dem Weltmarkt. England, Deutschland, Frankreich hatten eine mächtig aufblühende Industrie, Waren und Kapitalien gingen von Europa in die fernsten Gegenden der Erde.

Der Krieg hat diesem Zustand ein Ende gemacht. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika stehen jetzt an der Spitze der handelsreisenden Nationen; je größer die Ausnahmefähigkeit des inneren Marktes in Amerika wird, desto stürmischer drängt es sich auch nach der Eroberung der außereuropäischen Märkte. Die europäischen Staaten sind an Amerika verdrängt; England, jahrhundertlang der Bankier der ganzen Welt, wird es immer schwerer, sich gegen den jungen amerikanischen Riesen zu behaupten. Während sich die Völker Europas unter der wirtschaftlichen Krise winden,

erlebt Amerika eine Blüte seiner Wirtschaft.

Es berichtet das amerikanische Fachblatt „Iron Age“, daß die Stahlwerke zum Jahresende eine höhere Produktionsleistung als je zuvor aufzuweisen hatten. Die amerikanische Industrie sei im Besitz bedeutender Aufträge, die die des vorigen Jahres überstiegen. Die weiteren Ausblicken werden als günstig bezeichnet, und man rechne damit, daß der hohe Beschäftigungsgrad der Werke noch mehrere Monate andauern werde. Auch andere Berichte melden, daß die Belebung der Geschäftstätigkeit in Amerika immer deutlicher fühlbar werde.

Anders in Europa. Frankreich hat noch eine inflationistische Scheinkonjunktur, die aber die Verarmung des Landes nicht verdecken kann. Die englische Industrie hat sich in jüngster Zeit ein klein wenig erholt, von einer normalen Wirtschaft ist man auch in Großbritannien noch weit entfernt. Von Deutschland, Österreich, Polen, von der Tschechoslowakei und anderen Ländern brauchen wir bei dieser Gelegenheit überhaupt nicht zu reden. Diese gemeinsame Not läßt bei den europäischen Völkern den Ruf nach Zusammenbruch immer lauter werden. Das bis vor Jahresfrist außerhalb der Sozialdemokratie nur wenige gefordert haben: die politische und wirtschaftliche

Zusammenarbeit ganz Europa.

das ist jetzt zu einer allgemein gedruckten Formel geworden. Selbst solche Leute, die bisher auf die Notwendigkeit der handelspolitischen Abschließung der einzelnen Länder gegeneinander einge schworen waren, verlangen heute den Abbau der Zollmauern, reden von einer europäischen Zollunion. Eine Weltwirtschaftskonferenz soll abgehalten werden, auf der die europäischen Räte die Hauptrolle spielen werden.

Mehrere bürgerliche Blätter hatten zu Weihnachten und Neujahr Umfragen bei Politikern, Staatsmännern und Finanzleuten veranstaltet, wie sie sich zu der Frage des neuen Europas stellten. Es war zu erwarten, daß die Antworten sehr wohlwollend ausfallen würden, aber die werktätige Bevölkerung ist wohl berechtigt, der Friedensbeschwörung derer, die Kriege und Armeen bisher nicht verhindern konnten, mit dem größten Mißtrauen zu begegnen. Zu diesem Mißtrauen ist sie um so mehr berechtigt, als die neugeborenen Anhänger eines neuen Europas aus den Höhen der Finanz- und Schwerindustrie und der bürgerlichen Staatskunst nichts darüber sagen, wie sie die großen Schwierigkeiten beseitigen wollen, die dem Zusammenbruch Europas aus der Verfassung der heutigen europäischen Staaten erwachsen. Wir brauchen nur darauf zu verweisen, daß trotz Locarno die Gegensätze zwischen Siegern und Besiegten noch längst nicht beseitigt sind. Deutschland ist zwar als Gleichberechtigter an den Tisch der internationalen Diplomatie zugelassen, aber es hat noch immer ohne jede zeitliche und materielle Begrenzung die ungeheuren

Kosten des Weltkrieges zu tragen.

Anders gesehen: Deutschland hat zwar zwangsweise abgerüstet, aber rings um seine Grenzen stehen die waffenstarken Millionenheere der Groß- und Kleinstaaten. Weiter: wie soll der Ausgleich zwischen den Interessen der Industrie- und der Agrarstaaten erfolgen, welche Körperlichkeit soll über diesen Ausgleich wachsen? Wie steht es mit der Währung, mit den Verkehrsverbindungen, mit der Sprache, mit all dem anderen wirtschaftlichen, politischen, technischen und kulturellen Stoff, über den die einzelnen Staaten bisher mit der größten Sorgfalt und Eiferjucht gewacht haben?

Alle diese Schwierigkeiten bilden Kennzeichen der kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsverfassung. Der Kapitalismus ist

mit der Herrschaft des Stärkeren über den Schwächeren, mit der Ausbeutung der Hinterbliebenen durch die Besiegten unloslich verknüpft. Das zeigt sich im Leben der Einzelnen ebenso wie im Leben der Nationen. Der Sozialismus dagegen baut auf den gemeinsamen Interessen aller arbeitenden Volksglieder auf. Die Arbeiterbewegung hat das neue Europa schon längst bei sich verortet; ohne besondere Schwierigkeiten hat sie die weltumspannenden Organisationen der sozialistischen, der gewerkschaftlichen, der genossenschaftlichen und der Sport-internationalen geschaffen. Soweit die bürgerliche Ideologie sich jetzt der Formel von den „Vereinigten Staaten von Europa“ bedient, folgt sie der Spur, die die Arbeiterbewegung in die Geschichte eingegraben hat.

Wird nicht die kapitalistische Welt die Lösung des neuen Europas dazu benutzen wollen, um sie

gegen die Arbeiterklasse zu wenden?

Fordern die neuen Europäer den Zusammenschluß der europäischen Staaten nicht nur deshalb, weil sie von ihm eine Zurückdrängung der Arbeiterbewegung und eine neue Befestigung der kapitalistischen Wirtschaft erwarten?

Es wäre falsch, wenn die Arbeiterklasse die Mitarbeit an dem neuen Europa nur deshalb ablehnen wollte, weil auch die kapitalistische Welt aus eigenmächtigen Gründen jetzt den Zusammenschluß der europäischen Nationen wünscht. Die Zusammenfassung kleiner staatlicher Gebilde zu großen wirtschaftlichen Einheiten ist auch vom Standpunkt der Arbeiterbewegung aus gesehen stets ein Fortschritt. Das für uns nächstliegende Beispiel dafür bietet Deutschland, das nach seiner Vereinigung erst zum Zollverein und dann zum Deutschen Reich nicht nur einen außerordentlich schnellen wirtschaftlichen Aufschwung nahm, sondern auch der Arbeiterbewegung die Grundlage gab, auf der sie sich so kräftig entwickeln konnte. Auch die „Vereinigten Staaten von Europa“, heute noch eine schöne Idee, morgen durch den Zwang der Verhältnisse vielleicht schon Wirklichkeit, werden der Arbeiterklasse neue Aufstiegsmöglichkeiten geben.

Die Vorstöße, die wir gegenüber den aus dem kapitalistischen Lager kommenden neuen Europäern zu machen haben, verpflichten uns zu besonderen Anstrengungen, um das kommende neue Europa

nach unserm Willen zu gestalten.

Die beste Sicherheit dafür, daß das neue Europa ein sozial vorgeschrittenes Gesicht zeigt, ist die Erfüllung der einzelnen europäischen Staatsweisen mit einem Geiste, der den Interessen der arbeitenden Mehrheit, und nicht der kapitalistischen Minderheit entspricht. Das künftige Europa wird das Spiegelbild der an ihm beteiligten Nationen sein. Es wird kapitalistisch sein, wenn die einzelnen Staaten von bürgerlichen Regierungen beherrscht werden; es wird sozialistisch sein, wenn die arbeitenden Klassen in ihnen die Macht errungen haben.

Es ist die europäische Frage nicht nur ein internationales, sondern ebenso ein innerstaatliches Problem. Gelingt es der Arbeiterklasse, in den einzelnen Staaten den maßgebenden Einfluß zu gewinnen, so wird sie auch den Weg des neuen Europas bestimmen, gleichgültig, ob in der Form von „Vereinigten Staaten“ unseres Kontinents oder im Rahmen des Völkerbundes. Eugen Prager.

Der Rücktritt des englischen Botschafters in Berlin.

Die Nachfolge Viscount d'Abernon.

In den Meldungen über den bevorstehenden Rücktritt des britischen Botschafters in Berlin teilt Reuters mit: Wie verlautet, sind alle Gerüchte über den vermeintlichen Nachfolger Viscount d'Abernon durchaus verfrüht. Es ist noch ungewiß, wann d'Abernon seinen Posten verläßt, wenn auch erwartet wird, daß er wahrscheinlich im kommenden Frühjahr zurücktritt. Bekanntlich ist es schon lange der Wunsch Viscount d'Abernon, zurückzutreten, jedoch hat er aus verschiedenen Gründen seine Entschließung bisher aufgeschoben. Es wird angenommen, daß er nun abwarten wird, bis sich die politische Lage in Deutschland weiter geklärt hat und bis der Vertrag von Locarno durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund seine Früchte getragen hat.

Wegen Landesverrats ins Zuchthaus. Vor dem 4. Strafgericht des Reichsgerichts hatte sich der 28 Jahre alte Kaufmann Wilhelm Hennicke aus Berg-Neudorf wegen verübten Verrats militärischer Geheimnisse und Spionage zu verantworten. Der Angeklagte war früher Soldat des Reichswehrregiments in Goslar und hatte Anfang 1925 aus der dortigen Reichswehrkaserne Gegenstände, die geheim zu halten waren, gestohlen und sie dem französischen Nachrichtenendienst anvertraut. Die Deliktlichkeit war während der Verhandlungen außer Zweifel. Der Reichsanwalt beantragte 4 Jahre Zuchthaus, das Gericht verurteilte Hennicke wegen

versuchten Landesverrats und versuchten Verrats militärischer Geheimnisse zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, 5 Jahren Ehrenrechtsverlust und dauernder Stellung unter Polizeiaufsicht.

Parlamentseröffnungen in Schweden und Norwegen.

Der schwedische Reichstag wurde gestern vom König feierlich eröffnet. In der Thronrede wird der Wunsch geäußert, daß Schweden durch seine Zugehörigkeit zum Völkerbund immer noch an der Politik der Veröhnung mitwirken darf, die im Vorjahre die ersten Erfolge aufzuweisen hat. Mit verschiedenen Staaten seien im Vorjahre Schiedsverträge abgeschlossen worden — Eine große Anzahl von Gezeugenwärtigen wurde angekündigt, u. a. betreffend eine Dezentralisierung der Staatsverwaltung, die dadurch eine Vereinfachung erlangen soll, ferner verschiedene Steuerermäßigungen. Der Etat für 1926/27 schließt mit 733,2 Millionen gegen 707,04 Millionen im Vorjahre ab.

Das norwegische Storting wurde durch den König gestern eröffnet. In der Thronrede wird der Freude über den Abschluß des Vertrages von Locarno Ausdruck gegeben und daran erinnert, daß auch die Frage umfassender Schiedsverträge zwischen den nordischen Ländern zur Erörterung stehe. Zwischen Norwegen und Schweden ist ein Vertrag unterzeichnet worden. Auch mit Dänemark und Finnland seien in dieser Frage Verhandlungen aufgenommen worden. Die Thronrede kündigt eine Vorlage über die Neuordnung des Verteidigungswesens an, die den Verhältnissen des Landes angepaßt sei und die internationale Entwicklung der letzten Jahre berücksichtigen werde. Die Regierung hat, soweit sich dies ermaßigen ließ, die Ausgaben weiter vermindert und den Haushalt ohne neue Steuern und ohne den Prozentsatz der Aufschlag auf die direkten Staatssteuern, der im vorigen Jahre beschlossen wurde, abgeschlossen. Die Besserung der Finanzen schreitet fort, doch werden immer noch größere Anstrengungen an die Opferwilligkeit des Volkes gestellt. In neuen Vorlagen werden die Vorlage über die Einreise von Ausländern nach Norwegen, über die Arbeitslosenversicherung, ein neuer Zolltarif und die Volksabstimmung über das Branntweinverbot angekündigt.

„Der Eine so - der Andre so.“



Windischgrätz zu Wilhelm: „Mein Verfahren ist humaner und läßt sich schließlich rechtlich genau so begründen wie deins.“

China kontra „Kreidekreis“.

Klabunds auch in Danzig erfolgreich aufgeführtes dramatisches Märchen vom demütigenden Zerhausensuchen, hat bei Saitangas Berliner Landsleuten selbst weniger Zurechtgemacht. Wenigstens hörte ich im Berliner Klub chinesischer Studenten, daß sie sowohl durch das Stück wie durch seine Inszenierung nicht gerade erheitert wurden. Die verärgerten Herren vom chinesischen Klub erklären also den „Kreidekreis“ nach Inhalt wie Regie für „absolut unchinesisch“. Zur Zeit Fei-lankis, der, als er sein Märchen schrieb, gewiß nicht ahnte, daß Herr Klabund es für Keinschmerz dramatisieren würde, gab es, wie meine Chinesen fichernd berichten, weder Zeichner noch Zeichnerinnen im Reich der Mitte. (Nachtraglich japanisch-mandchurischer Import.) Doch auch sonst enthalte das Stück die fatalsten Schwächen. Bekanntlich praktiziert Frau Mandarin Ma während eines ausgiebigen Monologs statt Zunder Gilt in die Zerküste des ehmaligen Herrs Gemahls. Was jant man nun, wenn man erzählt, daß in China seit Konfuzius Zeiten der See stets ungezundet geblieben wird? Uebrigens müßten Chinesen laut lachen, indem sie lähen, daß die vornehme Frau Ma selbst den See eingiebt. Denn ein richtiggehender Kanalarier verfügt natürlich über unzählige Feuerwerke. Sie würde sich in China die vornehme Dame zu jeltch jubelnder Dienstleistung herabwürdigen.

Ueberhaupt sonderbare Damen, die beiden Ehefrauen des Herrn Ma! Ihre Gesichter strahlen nicht vor Reizüberdruß, wie es in China für die bessere Teilbüchlein geheiligte Tradition ist, mit einem kreisförmigen roten Zupfen mitten auf den Wangen. Sie gehen und tanzen je tonisch! Welch purgier Kleider! Die feine Chinesin (Kette: Chiu-tai, nicht Mandchurin!) trippelt nicht so bloß, wie in Europa geglaubt wird, sondern schreitelt flöt, wogenden Ganges aus über dem Gang wurde markiert: juff der eines Kollmatrojen. Sie trug zu Fei-lankis Zeit auch keine langen Fojen, sondern den weiten, zum Beden reichenden „Zangschaw“.

Dann die Richter. Gewiß, das Stück spielt in alter Zeit, als die Areturen der laienlichen Reiposten eingehandenermaßen fortpuht waren. Doch nie und nimmer hat ein vornehmer chinesischer Richter bei seinen Revertenzen vor der Majestät sich jo hüdnisch-tölpelhaft auf die Erde geworfen, wie es dem Schauspieler zur Erweiterung des Publikums beliebt. Der gut erzogene Beamte vertrogte sich vielmehr bei Foje tief, doch würdevoll und kulturboll.

Die erdosen Chinesen hatten noch hundertlei am Spiel und an der Inszenierung auszuüben.

Die Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg-Gröbberfel hat als Weihnachtsgabe 1925 insgesamt 2017

Der Streit um Pilsbuck und die Koalition.

Ein amtliches Kommuniqué gibt bekannt: daß politische Komitee des Ministerrats hat über den Antrag Moraczewski betreffend die Rückkehr Pilsbuck zur Armee beraten und beschlossen, daß der Ministerpräsident mit dem Generalmarschall wegen der Befestigung eines Gezeugenwärters über die Organisation der bewaffneten Kommandos in der Heerführung nehmen soll. Diese Entscheidung des Antrages bedeutet eine Vertagung der Streitfrage, welche die Koalition mit einer Sprengung bedrohte. Es ist jedoch sehr fraglich, ob sich das Pilsbuck-Lager damit zufriedengeben wird. Es fällt übrigens auf, daß die kritische Haltung der sozialistischen Presse gegenüber der Koalitionsregierung immer schärfere Ausdrucksformen annimmt, sei der Parteien geschlossen hat, die für eine Beilegung an der Regierung gezielten Bedingungen mit Entschiedenheit durchzusetzen.

Sozialistische Regierungsbildung in Estland.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Estlands hat beschlossen, dem bevorstehenden Parteitag eine Entschließung zu unterbreiten, durch deren Annahme die Parliamentsfraktion ermächtigt werden soll, selbständig die Regierungsbildung zu übernehmen oder sich an einem Koalitionskabinet zu beteiligen. Der Antrag sieht vor, daß Parteileitung und Parliamentsfraktion in jedem einzelnen Falle den Beschluß über den Eintritt in die Regierung mit Zweidrittelmehrheit zu fassen haben.

Die Arbeitslosenzahl in Deutschland.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist in der Zeit vom 15. 12. 1925 bis zum 1. 1. 1926 von 1 060 997 auf 1 485 991 gestiegen. Die Zahl der unterstützten männlichen Erwerbslosen beträgt 1 325 652, die Zahl der weiblichen 160 870. Die Steigerung gegenüber der Zahl vom 15. 12. 1925 beträgt etwas über 40 Prozent.

Der Kampf im russischen Kommunismus.

Führende Sowjetpolitiker gegen die Leningrader Opposition.

In den Sowjetblättern häufen sich die Berichte an, er die in der Provinz geübten Entschließungen der Krisgruppen der K. P., die alle die Opposition auf härteste angreifen und die Beschlüsse der Mehrheit des Parteikongresses uneingeschränkt durchsetzen. Es ist natürlich nicht ersichtlich, wieweit dieser offenbar erstellte Devisenstrom die eigentliche Stimmung der Arbeitermassen wiedergibt. Bemerkenswert sind einige dieser Resolutionen, die wie z. B. der kleiner Krisgruppe, von der Opposition ein deutliches Neueinkennnis fordern. Aus dem Lager der Opposition kommt in der Presse auf alle diese Angriffe leuchtend Antwort. Inzwischen haben es aber führende Männer der Parteimehrheit, und zwar Kalinin, Woroschilow und Tomski, für nötig erachtet, eine Propagandareise in die Hochburg der Opposition Leningrad zu unternehmen und dort in verschiedenen Zellen der K. P. als Erläuterer der Kongreßbeschlüsse gegen die Opposition aufzutreten. Sie haben es aber vorgezogen, dabei in den Organisationen und Betrieben aufzutreten, die sich in ihren Kundgebungen bereits für die Mehrheitspolitik ausgesprochen hatten.

Gewerkschaftsprotest gegen die Stilllegungen.

Eine Konferenz der Funktionäre des Deutschen Bergarbeiterverbandes in Bochum besaßte sich am Sonntag mit dem Austritt der Vertreter der Gewerkschaften aus dem Stilllegungsausschuß, der die Aufgabe hat, die Entschlüsse über die Stilllegungsaktion im Ruhrbergbau zu beurteilen. Das Vorstandsmitglied Warmöller erklärte, daß zwar der Ausschuß zu den verschiedenen Zeichenstellungen Stellung genommen und auch konkrete Vorschläge der Regierung unterbreitet habe, daß diese jedoch darauf nicht eingegangen sei. Da inzwischen die Vermutung gewöhnlich geworden wäre, daß auch in Zukunft irgendwelche Ueile des Ausschusses die Stilllegungen nicht beeinflussen würden, hätten die Vertreter der Gewerkschaften die Erklärung des Ausschusses als überflüssig erkannt und infolgedessen ihren Austritt verkündet.

Streik der rumänischen Rechtsanwälte. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Bukarest, daß die Vereinigung der rumänischen Rechtsanwälte den Generalstreik beschlossen hat. Als Grund wird das völlige Chaos auf dem Gebiet der Rechtspflege bezeichnet, das durch die schematisch vorgenommene sogenannte Vereinfachung verursacht worden sei. Auch wird Mißachtung und Schikanierung des Anwaltsstandes als Grund des Beschlusses angegeben.

Bücher im Werte von 43 690,50 Mk. verteilt und als Kostenbeitrag nur 7 230 Mk. berechnet. Der Wert der Spende der aus der Substanz genommen wurde, beträgt mithin 36 460 Mark. Die Stiftung geht jetzt in das fünfundzwanzigste Jahr ihrer reichsreichen Tätigkeit und verwendet jeden Fiancia Beitrag unter sparsamer Verwaltung für ihre Buchverbreitung. Nur geringe Unternehmungen aus allen Lagern ermöglicht Fortsetzung und Ausbau der künftigen Arbeit dieses gemeinnützigen Unternehmens. Auskünfte über die Stiftung erhält jedermann kostenlos auf Anforderung vom Verbandsamt der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg-Gröbberfel.

„Fong-Kajong“.

Eine Fe-Papierkomödie von Kling.

Kling's Lustspiel „Fong-Kajong“, das eben am Hamburger „Thalia-Theater“ seine Uraufführung erlebte, ist mehr als ein frivoles geistliches Lustspiel — es ist über den äußeren Rahmen hinaus eine Gesellschaftssatire und zwar eine recht offenkundig hingezogene. In diesem Stück kreibt am Ende an keinem ein gutes Haar. Ein Generaldirektor kurwpirt sich als Schwindler, seine Frau als berechnendes Lasterweibchen, ein Staatsanwalt zeigt eine arg besprenkelte Nase, und ein Kommissar ist ein ausgemachter Fälscher. Der einzig Sympathische ist der eigentliche Hochappler, der sich auf sehr herabgesetzte Art aus der ganzen peinlichen Affäre zieht. Der Erfolg war außerordentlich stark. Kling wurde mit den Darstellern oft und oft härmlich gerufen.

Die Träger der Staatspreise. In der Berliner Akademie am Porzellanplatz hat man gestern die Arbeiten prämiert, denen die Staatspreise zuerkannt worden sind. Dem Bildhauer Preis erhielt die Büchse zum Gedächtnis an Kaiserin Elisabeth. Es handelt sich um das Werk eines Piaristenpaars, eine für Kunst kein gebaute, jedoch, keine, keine, keine, die unendlich selten zeigt. Der Architekt-Preis fiel an den 23jährigen Erich Preieritz in Saffel. Seine Arbeiten „Kunde in einer Stadt“ und „Ständehaus in Saffel“ lassen einen Künstler erkennen, der das Kaiserliche Plakat in der Architektur unangenehm mit dem Irdischen zu vereinigen strebt.

Der „Kaiserliche“ als Film. In der Dresdener Stadtoper fand Sonntag die Uraufführung des Filmdramas „Der Kaiserliche“ von Hugo von Hofmannsthal unter Mitwirkung der Staatsoperkapelle, die von Richard Strauß dirigiert wurde, statt. Die Aufführung, die 2½ Stunden währte, bedeutet, in ihrer harmonischen Zusammenfassung von Filmtatigkeit und Musik einen bemerkenswerten Erfolg.

„Die Brautwahl“ von Bufoni.

(Erführung in der Berliner Städtischen Oper.)

Das ganze Leben Bufonis ist voll von Liebe zu G. E. A. Hofmann, für den er sich auch literarisch besonders eingiebt hat. Mit 30 Jahren greift er aus dem großen Reichum desmanischer Erzählungen die „Brautwahl“ heraus, bindet sie in lockeren Szenen zu einer Oper zusammen und komponiert diese mit dem Feuer einer großen Talents, das mit Gewalt eigene Wege gehen will. Bufoni hat diese Wege in der „Brautwahl“ noch nicht gefunden, wenn er sie vielleicht auch dort schon sieht, wo, Gedächtnis eigener Eigenbegabung, schließlich „Arlecchino“ und „Fauit“ stehen sollten. Hier ist noch alles Varnung und Nerv, Zerrüttungen hat Aufbauen. Eine fast Realist, idyllische, lebhaft Illuination menschlicher Kleinlichkeiten, Alltagslichkeiten, Schwächen will sich in der Musik verbinden mit Dämonie und Phantastik. Wirklichkeit mit Spuk, Romantik des freien Herausragens mit klassischer Liebe zur Form. Alles klingt gut und kling, aber kaum eine Szene hat die packende Dezentralität des intuitiv Erlebten. Das Parodistische und witzig Charakterisierende tänzelt charmant dahin, plätschert dann schon gleichgültiger und wird schließlich matt. Die Phantastik bleibt im Außerirdischen stecken, in der Lautheit, in harmonischen Verzwickungen, in instrumentalen Effekten des Gredens und Dämonen. Die große, bindende Linie fand dieser jugendliche Bufoni in allen schillernden Einzelheiten noch nicht.

Der Text geht mit der Musik konform. Viel Unverständliches, ohne die zwingende Betonung des märchenhaft Gruseligen. Durch ein paar groteske Hemmungen und ein paar Spukfiguren wird die gleichgültige Handlung nicht viel unterhaltener, und schließlich läßt der Freierkampf um eine Braut auf die letzte Szene von der Kaiserin-Wahl (aus dem „Kaufmann von Venedig“) hinaus. Weimert wird Hauptrolle, und die einzige weibliche Figur — eben die Braut — ist ganz blank, unkonturiert geblieben. So freut man sich eines mühsigen Details auch ohne die stilistische Bindung der Szenen, freut sich eines aus Lyrik, Tragik, Humor, naturalistischer Malerei und romantischer Aufpus gemischten Stübes, ohne herzhaft zu werden. Der Erfolg galt dem Meiner Bufoni nicht diesem Werke, für das sich Fritz Zweig als Dirigent, Jule Wald in der weiblichen und Guttmann, Kardi, Reif, Bötel in den männlichen Rollen mit schönem Geifer einsetzten. Kurt Singer.

Frühstücksverteilung an bedürftige Schulkinder.

Die Wirtschaftsbefehle für Hafenarbeiter erneut beschlossen. — Ermäßigung der städtischen Pachten und Mieten. Der Preis für elektrischen Strom.

Sehr pünktlich und arbeitsfreudig zeigte sich die Stadtbürgerchaft in ihrer gestrigen Sitzung, der ersten in diesem Jahre nicht. Zuvor wieder zählte der Vorsitzende Brungen die erschienenen Stadtbürger, bis endlich die zur Beschlussfähigkeit erforderliche Anzahl vorhanden war. Die Sitzung eröffnete werden konnte. Der Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 33 Stadtbürgern.

Wahl des Präsidiums.

die bekanntlich in jedem Jahre neu vollzogen werden muß. Auf Antrag des Gewerkschafts-Vorsitzenden wurde der bisherige Vorstand in dem die Parteien nach ihrem Stärkeverhältnis vertreten sind einstimmig wiedergewählt. Debatte erfolgte auch die Wahl von Bezirksvorstehern, Wohlfahrts- und Waisenpflegern. Für den Einbau einer Heizungsanlage in die beiden Umkleieräume der Turnhalle der ehemaligen Kriegsschule wurden 1500 Gulden bereitgestellt.

Die Wirtschaftsbefehle für Hafenarbeiter

stand erneut zur Verhandlung. Der Senat ist einem früheren Beschlusse der Stadtbürgerchaft nicht beigetreten mit der Begründung, daß dieser in der vorliegenden Form nicht durchführbar sei. In besonderen Fällen würden Einzelunterstützungen gezahlt. Die erneute Abstimmung, die nach der Geschäftsordnung ohne Aussprache erfolgen muß, ergab

die nochmalige Annahme des Antrages.

mit 10 gegen 17 Stimmen. Sozialdemokraten, Kommunisten und Zentrum bildeten die Mehrheit. In der sich auch der deutschnationale Benutzer geistete; sehr zum Mißfallen seiner Fraktionsgenossen, die ihn mit sanfter Gewalt auf seinen Platz herabzuziehen versuchten.

Für die Errichtung eines Solariums im Städtischen Krankenhaus

wurden nach kurzer Debatte 35 000 Gulden zur Verfügung gestellt. Gegen die Vorlage wurde keine Stimme laut. Wohl aber wurde die mangelhafte Beschaffenheit der Heizungsanlage im städtischen Krankenhaus einer abfälligen Kritik unterzogen. Staatsrat Dr. Stabe erklärte, daß bereits die nächste Sanitätsberichterstattung sich mit dieser Frage zu beschäftigen haben werde.

Die Gewährung eines warmen Frühstücks an bedürftige Schulkinder

führte zu einer längeren Aussprache. Dem Senat waren für die zu zwei 40 000 Gulden angefordert, um an 3000 Schulkinder eine Buttermilch und einen halben Liter Milch verteilen zu können. Der sozialdemokratischen Fraktion war der Umfang der Kinderbeihilfe zu gering. Sie forderte deshalb, die Zahl der zu bespeisenden Kinder auf 4000 zu erhöhen und entsprechende Mittel bereitzustellen. Der Antrag wurde von dem Stadtbürger Lehmann wirksam mit dem Hinweis darauf begründet, daß die bedürftigen Kinder nach der Senatsvorlage nicht sämtlich ernährt würden. Die Arbeitslosigkeit sei so groß, daß viele Schulkinder ohne Frühstück die Schule besuchen müßten. Es sei deshalb unbedingt notwendig, die Zahl der zu bespeisenden Kinder von 3000 auf 4000 zu erhöhen; die entstehenden Mehrkosten würden nicht unerträglich hoch sein. Abg. Gen. Schreier bat das Haus dringend um sozialdemokratischen Antrag zu unterstützen. Wie es bei der Senatsvorlage, würde sich das Haus im März mit einer Nachforderung zu beschäftigen haben. Es würde durch Annahme des sozialdemokratischen Antrages etwa 7-800 000 Wd. Mehrausgabe entstehen, die bei den großen Summen, die die Stadtverordnetenversammlung des Bürgers beschließen müßte, keine große Rolle spielen können. Stadtbürger Dr. Müller (D.N.) lehnte den kommunistischen Antrag ab, da nicht die Gesamtheit der Volksschulkinder Kost hätte. Er sprach sich jedoch für eine Erweiterung der Zahl der zu bespeisenden Kinder nach dem sozialdemokratischen Vorschlag aus. Nachdem Stadtb. Weber (N.) sich einmal keine Zufriedenheit mit dem Ergebnis der Diskussion zum Ausdruck gebracht hatte, wurde zur Abstimmung geschritten, die die Ablehnung des kommunistischen Antrages ergab und den sozialdemokratischen Antrag mit großer Mehrheit zum Beschluß erhob. Darauf wurde die so veränderte Senatsvorlage angenommen.

Nachdem ein Grundstückentwurf für das Gelände am Werdorfer genehmigt worden war, wurden für die Beschaffung eines Niederdruckdampfheizwerks für das Schulbad Neuschichtland 2500 Gulden zur Verfügung gestellt.

Die Ermäßigung der städtischen Pachten und Mieten

stand alsdann zur Verhandlung. Der Senat beantragte die Mieten und Pachten für städtischen Grundbesitz für die Zeit vom 1. Januar 1926 bis 31. März 1927 um 25 Prozent zu ermäßigen. Der Antrag sieht besondere Abweichungen für Ausnahmen vor. Der deutschnationale Vantage nahm sich der städtischen Pächter an. Diese forderten eine 50prozentige Pächterermäßigung und der Senat möge dieser Wünsche entsprechen. Sein Fraktionsfreund Scheller führte aus, daß den Pächtern eine 50prozentige Mietenermäßigung keine Rettung bringen werde. Der Senat möge die einzelnen Anträge auf weitere Ermäßigung der Pachten wohlwollend prüfen. Der Kommunist von Malachinski lehnte die Senatsvorlage rundweg ab. Stadtb. Dinklage (D.N.P.) stimmte dem Antrage grundsätzlich zu, war aber der Meinung, daß

Angst vor dem Wuhbergericht

den Senat zu diesem Schritt veranlaßt habe. Scharf wandte er sich gegen das Leistungsangebot und beklagte sich darüber, daß man einen Hausbesitzer, der für eine zwangsweise Wirtschaftsfreie Maniardenwohnung 200 Gulden monatliche Miete gefordert hatte, wegen Zeitungsverweigerung verurteilt hat. Das städtische Schlichtungsamt arbeitet ebenfalls nicht zur Zufriedenheit des Redners.

Stadtb. Gen. Kruze gab zu, daß die Lage der Landwirtschaft nicht rosig ist. Es müßte aber betont werden, daß die Pachten der städtischen Güter unter dem Friedenspreis liegen. Wenn jetzt diese Pächter noch um 25 Prozent herabgesetzt werden, könnten sich die Pächter nicht über zu wenig Entgegenkommen beklagen. Es habe aber eine Zeit gegeben, wo man versucht habe, von den städtischen Pächtern angemessene Zahlungen zu erhalten. Aber dann seien gerade die Pächter der städtischen die hartnäckigsten Gegner gewesen. Eine Herabsetzung der Pachten um 25 Prozent sei ausreichend; in besonderen Fällen möge der Senat weiteres Entgegenkommen zeigen. Dem Stadtbürger Dinklage erwiderte Gen. Kruze das Auch vor dem Wuhbergericht nicht zur Verabschiedung der Mieten und Pachten geführt habe, denn Herr Dinklage und seine Parteifreunde ersuchen für zwangswirtschaftsfreie Grundstücke viel höhere Pachten und

Mieten als sie für städtischen Grundbesitz je gefordert worden sind. Redner wies weiter darauf hin, daß die städtischen Wohnungen sich vielfach in einem sehr schlechten Zustand befänden. Dies müsse sofort Abhilfe geschaffen werden. Die sozialdemokratische Fraktion stehe auf dem Standpunkt, daß für städtische Wohnungen nicht einen Pfennig Miete mehr gezahlt werden dürfe, als wie sie der Privatbesitzer zu beanspruchen habe. Stadtb. Fabian (Z.) befürwortete eine Herabsetzung der Mieten in der ehemaligen Gewerkschaft. Senator Dr. Leske führte aus, daß die Vorlage dem Bestreben entspräche sei.

den Preisabbau zu ermöglichen.

Der Senat wolle hier mit gutem Beispiel vorangehen. Der Antrag des Senats fand die Zustimmung des Hauses.

Der Preis für elektrischen Strom.

Den lebhaftesten Teil der Sitzung bildete eine Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Zentrumshängern bei einer Debatte über die Strompreiserhöhung.



Der Hüter der bürgerlichen Kultur.

Stadtvorordneter Dinklage (Stabiergruppe).

„Lump“ und „Quatschtopf“ dokumentieren seine Bildung.

lich des Strompreises und des Kraftwerkes Völkau. Der Stadtb. Girocki (Z.) erklärte, daß die Bevölkerung durch den Ausbau der Wasserkräfte der Masau eine Verbilligung des Preises für elektrische Energie erwarten habe. Man hätte sonst für das Geld eine Brücke über die Weichsel bauen können. Der Aufklärung bedürftig sei auch, daß die Straßenbahn 9 Pfennig für eine Kilometerstunde zahle, während Privatabnehmer 65 Pfennig für die gleiche Leistung zahlen müßte. Weiter wünschte Redner Aufklärung über die Kosten des Großkraftwerkes Völkau. Senator Kruze erwiderte, daß die Höhe des Elektrizitätspreises wohl eine Ermäßigung des Strompreises zulassen würde, wenn nicht die Stadt einen überaus großen Finanzbedarf hätte. Aus den Ueberresten der städtischen Betriebe werde ein großer Teil der städtischen Ausgaben gedeckt. Der Ueberrest des Elektrizitätspreises habe 1923/24 rund 430 000 Gulden betragen. 1924 seien 920 000 Gulden abgeführt worden, 1925 15 Millionen Gulden und 1926 werde diese Zahl nicht unwesentlich überschritten werden. Eine Herabsetzung des Strompreises um 5 Pfennig pro Kilowattstunde würde einen Ausfall von 375-400 000 Gulden erbringen. Bei der jetzigen Lage der städtischen Finanzen sei ein solcher Ausfall nicht tragbar. Zum Bau einer Brücke hätte die Stadt keine Anleihe erhalten. Ein Vergleich mit den Strompreisen anderer Städte falle zugunsten Danzigs aus.

Stadtb. Scheller befragte einen Preisabbau. Stadtb. Dinklage wünschte Aufklärung über die beschlossene Amortisation des Werkes und machte den sehr seltsamen, gänzlich undiskutierbaren Vorschlag, das Werk einer ausländischen Gesellschaft zu übergeben. Der deutschliberale Stadtb. Casiel hatte gegen die Preisgestaltung des Werkes nichts einzuwenden. Großabnehmern müßten besonders billige Preise gewährt werden, um eine gleichmäßige Abgabe des Stroms zu ermöglichen.

Stadtb. Kruze befragte die Zentrumsanfrage als eine Agitation schlimmster Art. Die Zentrumsfraktion habe sich jederzeit Aufklärung verschaffen können, ohne derartige Angriffe. Eine Zusammenstellung von 26 Orten in Ostdeutschland zeige, daß die Danziger Strompreise nicht über die Strompreise anderer Werke hinausgehen. Ein Strompreisabbau sei zur Zeit nicht möglich, den unter allen Umständen müsse dafür gesorgt werden, daß die Unterzückung für Erwerbstätige sichergestellt sei. Das Zentrum hätte deshalb derartige Agitationsanfragen unterlassen sollen. Die temperamentvollen Ausführungen des Gen. Kruze lösten beim Zentrum größtes Unbehagen aus und es hagelte nur so von Zwischenrufen, bei denen die Regierungskoalition eine Rolle spielte.

Senator Kruze erklärte, daß für die Amortisation des Großkraftwerkes Völkau noch kein Plan aufgestellt worden sei. Der Zentrumsführer Dr. Thun antwortete, daß die Zentrumsfraktion sich in ihren Handlungen nicht von der Koalitionspolitik beeinflussen lasse. (Zuruf: Mal Hetterkeit.) Die weiteren Ausführungen des Zentrumsredners bieten dazu, den ungünstigen Eindruck der Zentrumsanfrage zu vermindern. Die Aussprache wurde alsdann geschlossen.

Eine deutschnationale Anfrage über die Sicherheit eines Darlehens der Danziger Sparkasse für die Danziger Leerdammstraße erwies sich nach den Ausführungen des zuständigen Senators als überflüssig.

Die Wohnungsbaubausgabe

war alsdann Gegenstand einer Aussprache. Stadtb. Steinhoff (D.N.P.) bemängelte, daß bereits ein Teil der Wohnungsbaubausgabe, die 1926 zur Erhebung kommt, im Jahre 1925 verbannt worden ist. Es sei auch nicht richtig, Zieglhäuser zu bauen, sondern nur Hochhäuser mit Kleinwohnungen könnten die Wohnungsnot beheben. Senator Dr. Leske gab zu, daß ein Teil des Aufkommens der Wohnungsbaubausgabe im Jahre 1926 bereits verbraucht worden ist; das sei durchaus kein Fehler und habe im Interesse der Wohnungslosen und des Baugewerbes gelegen. Der kommunistische Stadtb. Weber bemängelte die hohen Mieten der Wohnungen, die aus den Mitteln der Wohnungsbaubausgabe hergekehrt werden. Alsdann wurden einige Eingaben erledigt, worauf das Haus in die geheime Sitzung eintrat.

Eine gerechte Sühne.

Polizeileutnant Körner zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Endlich hat nun ein Vorfall seiner befriedigenden Abklärung gefunden, der vor länger denn Jahresfrist die Öffentlichkeit stark erregte. Es handelt sich um eine der tollsten Polizeiaffären, die sich in der Nachkriegszeit zugetragen haben. Sie zählt zu den schlimmsten Auswüchsen einer vereinzelt immer wieder zu verzeichnenden falschen Behandlungsmethode des Publikums durch zügellose Polizeibeamte, weil der Täter in diesem Falle nicht ein Unterbeamter war, dem man mehr oder weniger mildernde Umstände für seine Robheiten bewilligen kann, sondern weil es sich um einen höheren Polizeibeamten handelt, und zwar um einen zur Schupo gehörenden Polizeikommissar. Als „Holl Körner“ sind die Ausschreitungen, die sich dieser Polizeikommissar fernerzeit gegen harmlose Bürger erlaubte, wohl noch in Erinnerung. Diese Vorgänge haben nunmehr noch einmal zu einer sehr interessanten Gerichtsverhandlung Veranlassung gegeben.

In der Nacht zum 29. Juni 1924 hatte Körner einen Zusammenstoß vor und in der Polizeiwache am Fischmarkt. Er hatte einen schwer betrunkenen Mann an seinem kräftigen Arm und vor dem Eingang zum Arbeitsamt fuhr er eine Fleischermeisterfrau, die mit einer jungen Dame dort stand und auf ihren Mann wartete, an, fragte sie nach dem Namen, beschimpfte sie zweimal als Frauenzimmer und ließ sie dann in das Nachlokal bringen. Bald darauf kamen der Fleischermeister und ein Fleischergehilfe auf die Wache, um sich nach der verhafteten Frau zu erkundigen. Dabei kam es zu Mißhandlungen der beiden durch Körner. Ferner wurden die drei Personen, Frau, Meister und Gehilfe, eingesperrt, obwohl die Namen festgestellt waren und sie hätten entlassen werden müssen.

Die drei Personen wurden nun angeklagt und hatten sich vor dem Schöffengericht und später vor der Berufungsstrafkammer zu verantworten. In der Gerichtsverhandlung trat Körner auch als Zeuge auf und benahm sich dort recht eigenartig und auffällig. Es wurde nun auf Grund der gerichtlichen Feststellungen gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet wegen Beleidigung, unbesugter Festnahme, gefährliche Körperverletzung im Amt und Freiheitsberaubung. Eine Verhandlung wurde bereits vertagt. Jetzt wurde die Sache in rechtskräftiger Verhandlung beendet.

Wie Vernehmung-Protokolle zustande kamen!

Die Verhandlung ergab ein geradezu erschreckendes Bild von der Amtstätigkeit dieses Polizeileutnants. So hat Körner in der zur Anklage geführten eigenen polizeiliche Vernehmungen in folgender Weise vorgenommen: Ein Zeuge wird vorgeladen, Körner erklärt nun, daß er die Vernehmung nicht vornehmen konnte, da er in der Sache beteiligt ist. Ein unermöglicher Beamter wird mit der Vernehmung beauftragt. Körner bleibt aber in dem Vernehmungszimmer und führt die ganze Verhandlung. Er spricht mit dem Zeugen und stellt fest, was der Zeuge sagen soll. Dann diktiert er dem Beamten, was er ins Protokoll schreiben solle.

Einen Zeugen ließ er kräftig zu seinem Gunsten und zu Ungunsten des Fleischermeisters aussagen. Er legte dem Zeugen die Worte in den Mund: Der Fleischermeister ging in seinem Wutanfall auf den Polizeileutnant los usw. Auch weitere unrichtige Angaben diktierte Körner dem Beamten. Als der vernommene Zeuge Bedenken äußerte, und das Protokoll nicht unterschreiben wollte, meinte Körner, das seien ja nur Vermutungen, die könnte er ruhig auslegen. So kam ein unterschriebenes Protokoll zustande. Körner erklärte dann weiter dem Zeugen, er solle nur auch vor Gericht bei der Wahrheit bleiben und dort nicht umfallen. Zu diesem Zwecke werde Körner ihm eine Abschrift des Protokolls zuwenden, was auch ausgeführt wurde. Jetzt stand der Zeuge vor Gericht und erklärte, daß er diese Aussage nicht gemacht habe. Achtung! war es mit einem zweiten Zeugen. Das Original der Protokolle lag dem Gericht nicht vor, sondern nur Abschriften. Staatsanwalt und Gericht konnten ihr Erkennen über diese Art der Vernehmung nicht verhehlen.

Die Beweisaufnahme fiel für Körner sehr ungünstig aus. Auch der Polizeimajor erklärte, daß Körner an der Vernehmung nicht teilnehmen durfte. Eine Verkehrshörung, die die Festnahme der Frau berechtigte, habe nicht vorgelegen. Der Staatsanwalt hielt eine Beleidigung der Frau für erwiesen. Der Angeklagte hatte kein Recht, sie Frauenzimmer zu benennen. Zu der Festnahme erklärte der Staatsanwalt, daß Körner sich für beugig gehalten haben mußte; deshalb beantrage er in diesem Punkte Freisprechung. Es liege jedoch eine gefährliche Körperverletzung im Amt vor, und zwar gegen den Fleischermeister und den Gehilfen. Der Angeklagte war auch nicht berechtigt, die drei Personen einzusperrern, nachdem die Personalien einwandfrei festgestellt waren. Es liege also Freiheitsberaubung vor.

Der Strafantrag lautete auf 5 Monate Gefängnis, 30 Gulden Geldstrafe und Aberkennung des Rechtes, öffentliche Ämter zu bekleiden, auf die Dauer von drei Jahren. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Staatsanwalts an und erkannte wegen der an sich unberechtigten Teilnahme der Frau an Freisprechung, wegen der Beleidigung auf 30 Gulden, wegen der Körperverletzung auf 600 Gulden Geldstrafe und wegen der Freiheitsberaubung auf die Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis. Für die Gefängnisstrafe wurde jedoch Strafaussetzung gewährt.

Eine neue Sparkassenaffäre.

Unterschlagungen des Zweigstellenleiters in Praust.

Die Skandalaffären in der Kreissparkasse des Kreises Danziger Höhe scheinen kein Ende nehmen zu wollen. Gestern wurde der Leiter der Zweigstelle Praust des Kreises Danziger Höhe, auch, wegen Unterschlagungen im Amte verhaftet. Da in der Angelegenheit die Ermittlungen noch schweben, kann genauer über den Umfang der Unterschlagungen noch nichts angegeben werden. Der verhaftete Sparkassenleiter bekleidet seinen Posten bereits seit 13 Jahren. Wie wir erfahren, handelt es sich bei seinen Verfehlungen um Unterschlagungen. Er hat, da er selbst glaubte, die Unterschlagungen nicht mehr verheimlichen zu können, seine Schuld selbst offenbart. Er wurde daraufhin sofort in Haft genommen und dem Danziger Polizeigefängnis übergeben.

Unser Wetterbericht.

Vorhersage: Volkig, dießig oder neblig, schwache östliche Winde, anhaltender starker Frost. Neigung zu Graupeln, folgende Tage wolkig, dießig oder neblig, kalt. Maximum — 8,0; Minimum — 14,0.

Danziger Standesamt vom 13. Januar 1926.

Todesfälle: E. d. Buchhändlers Adolf Friß, 2 W. — Ehefrau Eleonore Origolet geb. Püchel, 51 J. 7 W. — Witwe Auguste Kienbaum geb. Jaborowski, 69 J. 8 W. — Rittergutsbesitzer Walter Wehr, 51 J. 8 W. — Kanzlei-angestellter Gustav Schönnagel, 25 J. 5 W.

Ämliche Bekannmachungen.

Die Verlegung eines Schmutzwasserkanalanschlusses in der Wallgasse vor dem Neubau der Distriktenkassette macht eine Sperrung derselben vom 14. Januar 1926 bis zum 18. Januar 1926 für den Fuhrwerks- und Verkehrsverkehr erforderlich. (2084)

Der Polizei-Präsident.

Deutscher Verkehrsband Ortsverwaltung Danzig

Im IV. Quartal 1925 sind uns aus unserer Mitgliedschaft nachstehende Kollegen durch den Tod entrissen:

1. Paul **Basmer**, Weichselholzarbeiter
2. Valentin **Bober**, Weichselholzarbeiter
3. Franz **Bronskowski**, Weichselholzarb.
4. Emil **Dobronski**, Weichselholzarbeiter
5. Eduard **Dronske**, Straßenbahnschaffn
6. Johann **Ebel**, Wasserbauarbeiter
7. Bruno **Hawich**, Hafenarbeiter
8. Johann **Plontek**, Hafenarbeiter
9. Friedrich **Rusch**, Weichselholzarbeiter
10. Albert **Salewski**, Hafenarbeiter
11. Hermann **Schilkowski**, Hafenarb.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

I. A.: E. Werner.

20837

Stadttheater Danzig

Intendant: Rudolf Schaper

heute, Donnerstag, 14. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Dauerkarten Serie III. Zum 1. Male.

Der Einsame

Ein Menschenuntergang in 9 Bildern von Hanns Johst.
In Szene gesetzt von Oberregisseur Dr. Hermann Bruhendorf.

Christian Dietrich Grabbe	Lothar Firmans
Die Mutter Grabbes	Jenny v. Weber
Anna	Elly Rurhammer
Johann	Dans Soehner
Isabella	Eva Maria Höhne
Waldmüller, der verblumpte Mensch	Carl Brudel
von Wechtrich	Ferdinand Neuert
Winterstein	Georg Koch
Feld	Kurt Eichmann
Ein Gerichtsdienet	Gustav Nord
Die Schaffnerin	Frieda Reginald
Eine Nebamme	H. Proft-Galleiste
Der Bürgermeister	Carl Kiewer
Die drei Stadträte	Fritz Blumhoff
Ein Lohgerber	Beier Strautin
Ein Kaufmann	Alfred Brandes
Der Wirt	Erich Sterned
Eine Kellnerin	Ful. Franz Schiele
Ein Mädchen	Emil Ferner
	Frieda Werner
	Geity Nagel

Ende gegen 10 Uhr.

Freitag, 15. Januar, abends 7 1/2 Uhr. Dauer-
karten Serie IV. Cavalleria rusticana. Melo-
dram. Hierauf: Der Bajazzo Drama.

Son. abend, 16. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr. Kleine
Preise! „Der Schneemann“
Abends 7 1/2 Uhr „Dauerkarte“ haben keine Gültig-
keit „Möhrenwäsche“. S. Markt-Quäppl.

Schützenhaus

(Großer Saal)

Freitag, den 22. Januar 1926, abends 8 Uhr

Violin-Konzert

Edith von Voigtländer

Am Flügel: Ella Mertins

Näheres in den nächsten Anzeigen und Plakaten

Karten im Vorverkauf bei Hermann Lau, Langgasse 71

Konzertflügel: Bechstein, aus dem Magazin Gerhard Richter,
Jopengasse 11 (Haus Geyer) 20-43

Geschaft
in sehr lebhafter Straße,
großes Schaufenster, bei
3500-4000 Gld. (Miete
100 G) zu verkauf. Off.
unter 5152 an die Exped.

Piano, schwarz, guter
Ton, für 950 und 1100 G.
zu verl. Fundgasse 68.
Teilzahlung gestattet.

2 Schafelougueden und
2 Paar Schlittschuhe
zu verkaufen. Conradi,
Langgasse 43, 1 Treppe.

Gebrauchte Möbel
billig zu verl. (18851)
Tisch, - - - - - Nr. 6, part.

Nur Markthalle, Stand 121 Nur oben!

bei A. Dimanski

Rindfleisch	40 80 P
Hammelfleisch	50 70 P
Schweinefleisch	80 85 P
Kalbfleisch	0 80 P
Kalbsköpfe zur Sölze	Stück 30 P
Hammelköpfe mit Zunge u Bregen	40-50 P

Alles vom Schachthof untersuchte Ware. Der
Hauptverkauf findet Mittwoch, Freitag und
Sonnabend statt

Nur oben! Stand Nr. 121 Nur oben!
Telephon Nr. 247.

Achtung!

Stand 38 Stand 38

Billiges Fleisch
Schweinefleisch Pfd. 80-95 P
Rindfleisch Pfd. 40, 50, 60 P
Hammelfleisch Pfd. 40, 50, 60 P
Hammelkeule Pfd. 70 P
Gehacktes, gemischt Pfd. 70 P

Verkauf jeden Mittwoch, Freitag und Sonnabend

Nur bei **Chilewski**
Markthalien-Keller, Stand 38
Telephon 8094 1887 a

Zum Ausschneiden!
Masken und Theatergarderoben
Leihweise in größter Auswahl. Trachtenhaus
Schulze, Hillige Gldst-Gasse 69, am Wasser



Unser großer Inventur-Ausverkauf zu rücksichtslos herabgesetzten Preisen

- Damen-Mäntel**
aus englisch gemusterten Stoffen
6⁵⁰ 12⁷⁵ 19⁷⁵
- Seidene Damenkleider**
aus Waschseide, Hevetia und Seidenrikot
19⁷⁵ 29⁷⁵ 39⁰⁰
- Wollene Damenkleider**
in vielen verschiedenen Formen und Stoffen
12⁷⁵ 19⁷⁵ 29⁷⁵
- Damen-Kostüme**
für Frühjahr und Herbst schöne Formen
39⁰⁰ 58⁰⁰ 98⁰⁰
- Billige Baumwollwaren**
- Hemdentuch ca. 80 cm breit, erprobte Qualität Meter 1,10, 95, 78 P
 - Kobeneffell feste Qualität Meter 95, 73 P
 - Schürzenstoff doppeltbreit, schöne Streifenmuster Meter 1,85, 95 P
 - Hemdflanell flauschige Ware, versch. Streifen Meter 1,10, 85 P
 - Bettlont 80 cm breit, gute federdicke Ware Meter 2,45, 1 90
 - Bettlont 130 cm breit Meter 3 90
 - Bettlont Bandstreifen Meter 4 65
 - Bettlaken 135x200, aus kräftigen Linsen Stück 5,25, 4
 - Bettenbezug 60x80, mit verschiedener Holzschnittverzierung, Stück 5 50

- Süß-Gardinen** gute Qualität, in verschiedenen Mustern Meter 1,90, 1 35
- Stamine- u. Süß-Garnituren** in neuen Ausf. Garnitur 13,50, 9 75
- Madras-Garnituren** hellgründig, farbig gemust. 2Schals, 1Beh., Garn 13,00, 9 50
- Halbstores** aus Etamme, mit breitem Tüllfries und Fransensabschluß Stück 6,90, 4 75
- Kokoslänjer** neue Streifenmuster, 67 cm breit, la Qualität Meter 4 95
- Smit. Smyrna-Vorlage** farbenprächtig, Muster vorzügl. Qualität, Stück 9 75
- Universal-Seppich** doppelseitig gemustert, Größe 160/250 39 00
- Reinw. Blusenflanelle** schöne, mod. Streifen, früher 9,50, jetzt Meter 3 75
- Woll. Rock- u. Kleider-Karos** ca. 40 cm breit, 6,75, jetzt Meter 3 90
- Reinw. Streifen und Karos** 140 cm breit, aparte Muster, früher 14,50, jetzt Meter 7 50
- Reinwollene Melangen** 100 cm breit, letzte Neuheiten, fr. Mtr. 17,50, jetzt 7 50
- Helvetia-Seide** ca. 85 cm breit, in schönen, modernen Farben. Mtr. 6 50
- Damaffé-Futter** ca. 80 cm breit, schöne Muster, in großer Auswahl Meter 2 90
- Saffet-Schiffon** ca. 85 cm breit, uni und gemustert, gute Qualität Meter 9 50
- Bedruckte Foulardseide** ca. 85 cm breit, in apart. Mustern, Meter 9,50, 7 50

- Ein Posten Klub-Jacken** für Damen 7,50 für Mädchen je nach Größe 6,75, 5,75 4 75
- Ein Posten Herren-Normal-Beinkleider** vorzügliche, wol gemischte Qualität, Größe 6 5,75, Größe 5 5,25, Größe 4 4 75
- Ca. 800 Paar Damen-Schlüpfer** aus dickem Trikotgewebe mit angehaufem Futter, alle Farben, Größe 8 4,90, Größe 4 4,50, Größe 3 4 00
- Ca. 250 Paar Seidenflor-Damenstrümpfe** deutsches Fabrikat, moderne Farben, beste Qualität, zum Ausschneiden, Paar 2 75
- Ein Posten wollene Damenstrümpfe** schwarz und farbig jezt Paar 4,50, 3 50
- Ca. 1800 Paar Schweiß-Socken** vorzügliche Winter-Qualität 3 Paar 2,70, Paar 95 P
- Ca. 1000 Paar Damen-Handschuhe** gestrickt, rund gewebt, mit Seidengriff Paar 3 25
- Ein Posten Damen- und Herren-Handschuhe** Wolle, doppelt gestrickt Paar 2 50
- Ein Posten Damen-Handschuhe** Wolle, mit doppelter Flauchmanschette Paar 1 90

Sternfeld

Danzig 233 Filiale Łódź

- Billige Waschstoffe**
- Kleider-Belours** solide, mod. Must., m 1,10, 95 P
 - Woll-Boile** 100 cm br. bedr. - ge- schmackv. Mu-t. m 3,75, 2.90
 - Zeppir** schöne Streifen, f Oberhemd. und Hemdblusen, m 1,75, 1.35